

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Karlheinz Busen, Frank Sitta, Dr. Gero Clemens Hocker, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/29758 –**

Holzverfügbarkeit sicherstellen – Marktbeschränkungen sofort aufheben

A. Problem

Die Fraktion der FDP erklärt mit Verweis auf die mediale Berichterstattung, dass seit Wochen die Holzpreise weltweit dramatisch ansteigen sowie an den Börsen der Preis für Holz binnen eines Jahres (Stand: 11. Mai 2021) um über 330 Prozent angestiegen ist. Die Ursachen liegen laut Antragsteller in einer weltweit starken Nachfrage nach Rund- und Schnittholz. Die Auswirkungen dieser Entwicklung spüren nach Aussage der Fraktion der FDP holzverarbeitende Unternehmen in Deutschland derzeit sehr deutlich.

Um dem Preisverfall auf dem Holzmarkt entgegenzuwirken, wurde laut Antragsteller bereits Ende 2018 die Aktivierung des Gesetzes zum Ausgleich von Auswirkungen besonderer Schadensereignisse in der Forstwirtschaft (Forstschäden-Ausgleichsgesetz) mit entsprechender Regelung von Einschlagbeschränkungen gefordert. Die Fraktion der FDP kritisiert, dass erst im April 2021 die dafür nötige Rechtsverordnung in Kraft getreten ist. Nun tragen ihr zufolge die Einschlagbeschränkungen zu einer weiteren Verknappung des Holzangebotes und mithin zu steigenden Preisen bei.

Mit dem Antrag auf Drucksache 19/29758 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, umgehend für eine Aufhebung der Einschlagbeschränkungen nach dem Forstschäden-Ausgleichsgesetz zu sorgen, ohne dass die zugleich gewährten steuerrechtlichen Erleichterungen aufgehoben werden sowie den Frischholzeinschlag in Staatsforsten deutlich zu erhöhen. Zudem soll die Bundesregierung aufgefordert werden, gemeinsam mit den beteiligten Akteuren auf dem Holzmarkt – insbesondere Waldeigentümer, Sägeindustrie, Holzgroßhandel und dem holzverarbeitenden Gewerbe – kurzfristig Maßnahmen zur Stabilisierung des Holzpreises zu erarbeiten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/29758 abzulehnen.

Berlin, den 9. Juni 2021

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Alois Gerig

Vorsitzender und Berichterstatter

Isabel Mackensen
Berichterstatterin

Stephan Protschka
Berichterstatter

Karlheinz Busen
Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Friedrich Ostendorff
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Alois Gerig, Isabel Mackensen, Stephan Protschka, Karlheinz Busen, Dr. Kirsten Tackmann und Friedrich Ostendorff

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 230. Sitzung am 20. Mai 2021 den Antrag der Fraktion der FDP auf **Drucksache 19/29758** erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der FDP erklärt mit Verweis auf die mediale Berichterstattung, dass seit Wochen die Holzpreise weltweit dramatisch ansteigen sowie an den Börsen der Preis für Holz binnen eines Jahres (Stand: 11. Mai 2021) um über 330 Prozent angestiegen ist. Die Ursachen liegen laut Antragsteller in einer weltweit starken Nachfrage nach Rund- und Schnittholz. Die Auswirkungen dieser Entwicklung spüren nach Aussage der Fraktion der FDP holzverarbeitende Unternehmen in Deutschland derzeit sehr deutlich. Sie legt dar, dass die über lange Jahre relativ stabilen Holzpreise kaum ein Unternehmen zur Vereinbarung von Preisgleitklauseln veranlasst haben. Ehemals mit Gewinn kalkulierte Aufträge werden nach Aussage der Antragsteller durch die drastisch teurer werdenden Holzeinkäufe schnell zum Verlustgeschäft. Die Fraktion der FDP erklärt, dass die Lage am Holzmarkt ernst ist. Die aktuelle Entwicklung birgt für sie die reale Gefahr, den nötigen Aufschwung nach der Corona-Pandemie deutlich spürbar zu drosseln. Die Bauindustrie droht in den Worten der Antragsteller mit Verweis auf einen Bericht von www.rbb24.de abgewürgt zu werden, weil Holz zum Teil nicht lieferbar ist.

Die, nach Angaben der Fraktion der FDP, aktuell bereits sehr hohen Holzpreise drohen in Kürze zudem noch weiter unter Druck zu geraten, da die Russische Föderation, aus der gegenwärtig 12 Prozent der weltweiten Rundholzexporte stammen, mit Beginn des Jahres 2022 (voraussichtlich) ein Exportverbot für u. a. Rundholz vorsieht. Darüber hinaus trägt aus Sicht der Antragsteller auch die Politik der Bundesregierung zu einer Anspannung der Lage auf dem Holzmarkt bei. Nachdem in den Jahren 2018 bis 2020 rund 177 Millionen (Mio.) Festmeter Schadholz angefallen sind, gab es nach Darstellung der Fraktion der FDP einen dramatischen Preisverfall auf dem Rundholzmarkt. Um dem Preisverfall auf dem Holzmarkt entgegenzuwirken, wurde laut Antragsteller bereits Ende 2018 die Aktivierung des Gesetzes zum Ausgleich von Auswirkungen besonderer Schadensereignisse in der Forstwirtschaft (Forstschäden-Ausgleichsgesetz) mit entsprechender Regelung von Einschlagbeschränkungen gefordert. Die Fraktion der FDP kritisiert, dass erst im April 2021 die dafür nötige Rechtsverordnung in Kraft getreten ist. Nun tragen ihr zufolge die Einschlagbeschränkungen zu einer weiteren Verknappung des Holzangebotes und mithin zu steigenden Preisen bei.

Mit dem Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/29758 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

1. umgehend für eine Aufhebung der Einschlagbeschränkungen nach dem Forstschäden-Ausgleichsgesetz zu sorgen, ohne dass die zugleich gewährten steuerrechtlichen Erleichterungen aufgehoben werden,
2. den Frischholzeinschlag in Staatsforsten deutlich zu erhöhen,
3. gemeinsam mit den beteiligten Akteuren auf dem Holzmarkt – insbesondere Waldeigentümer, Sägeindustrie, Holzgroßhandel und dem holzverarbeitenden Gewerbe – kurzfristig Maßnahmen zur Stabilisierung des Holzpreises zu erarbeiten,
4. gemeinsam mit der Kommission der Europäischen Union (EU) Gespräche mit der Russischen Föderation zu führen, um die absehbaren negativen Folgen des gegenwärtig geplanten russischen Exportverbots für Rundhölzer abzuwenden.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 122. Sitzung am 9. Juni 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/29758 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/29758 in Verbindung mit dem Antrag der Fraktion der AfD „Ganzheitliche Waldstrategie durch Stärkung forstlicher Dienstleistungsunternehmer ermöglichen“ auf Drucksache 19/29770 in seiner 87. Sitzung am 9. Juni 2021 abschließend beraten. Aus diesem Grund sind die Wortbeiträge der Fraktionen in der Beschlussempfehlung und Bericht auf Drucksache 19/29770 textidentisch.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, sie stimme im Wesentlichen mit den Aussagen der Fraktion der SPD überein, dass das, was an Hilfsmaßnahmen des Bundes für den Waldumbau und die Waldbesitzer gelaufen sei, gut und wichtig gewesen sei. Die Fraktion der CDU/CSU hätte kein Verständnis für die aktuelle Situation am Holzmarkt. 36 Millionen (Mio.) Kubikmeter Schadholz lägen aktuell noch in den deutschen Wäldern. Ein Exportstopp würde hierbei nicht helfen, da dessen Genehmigung, weil er über die Europäische Union (EU) laufen müsste, zu lange dauern würde. Die Fraktion der CDU/CSU hätte schon erste Signale aus der Sägeindustrie bekommen, dass sich die Situation allmählich entspanne. Sie hoffe, dass der gewisse „Klopapierereffekt“, d. h. Hamsterkäufe beim Holz im großen Stile, sich schnell beruhigten. Zum Antrag der Fraktion der AfD sei zu sagen, dass sicherlich noch mehr Kompetenz in den Wäldern und mehr forstliches Personal, aber keine reine „Maschinisten“ für Forstgeräte gebraucht würden. Auch die Waldarbeit in den Sommermonaten sei schon heute im gewissen Rahmen erlaubt. Die Forderung der Fraktion der FDP, die Beschränkungen beim Holzeinschlag aufzuheben, bedeutete in der Konsequenz, maximal drei bis dreieinhalb Mio. mehr Kubikmeter Holz zu mobilisieren im Vergleich zu 36 Mio. Kubikmeter Holz, die noch an Schadholz in den Wäldern lägen. Die Bundesländer hätten heute schon die Möglichkeit, eine Bagatellgrenze zu erlassen, welche den Einschlag von 75 Festmeter Holz unabhängig von den Einschlagsbeschränkungen je Betrieb vorsähe. Damit könnten viele Kleinwaldbesitzer wieder Frischholz einschlagen. Die Fraktion der CDU/CSU warne davor, jetzt in Hektik und Aktionismus in Bezug auf den Wald zu verfallen. Der Wald, der langsam wachse, sei für sie das Sinnbild der Nachhaltigkeit. Wenn jetzt aus unvernünftigen Gedanken heraus zu viel Holz eingeschlagen werde, werde es nachher bereut. Vernunft und Ruhe seien die besten Mittel gegen das, was im Moment am Holzmarkt passiere. Die beiden Anträge wären daher nach Überzeugung der Fraktion der CDU/CSU kontraproduktiv.

Die **Fraktion der SPD** kritisierte, mit ihrem Antrag versuche die Fraktion der AfD erneut, „Fake News“ zu verbreiten. Die Fraktion der SPD würde es interessieren, wie die Fraktion der AfD darauf komme, dass von der Bundesregierung oder den sie tragenden Fraktionen der CDU/CDU und SPD eine Stilllegung von Forstflächen vorangetrieben werde. Von der Bundesregierung seien gerade zuletzt große Summen für den Wald in Deutschland zur Verfügung gestellt worden, weil von ihr die Notwendigkeit gesehen werde, dass der bewirtschaftete Wald umgebaut werden müsse. Insgesamt stünden hierfür insgesamt 1,5 Milliarden (Mrd.) Euro zur Verfügung, u. a. im Rahmen des sogenannten Corona-Konjunkturpaketes und über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), da insbesondere die Länder für die Waldbewirtschaftung mit ihren Landesforsten zuständig seien. Wenn Menschen den Antrag der AfD läsen, die ggf. mit dem Thema nicht vertraut seien, könnten diese möglicherweise dem Glauben schenken, was die Fraktion in ihrem Antrag fordere. Das betreffe auch die angeblichen Defizite bei der Aus- und Fortbildung in den Forstberufen. Seit 2009 gebe es eine etablierte bundeseinheitliche Fortbildungsregelung zum Forstmaschinenführer/zur Forstmaschinenführerin als Verordnung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) auf der Basis des Berufsbildungsgesetzes. Das sei zusammen mit den Akteuren und den Ländern entwickelt worden. Der Antrag der Fraktion der FDP vermittele den falschen Eindruck, dass es beim Rundholz einen Mangel gebe. Dabei sei das Gegenteil der Fall. Das Statistische Bundesamt habe 2020 festgestellt, dass mit 80,4 Mio. Kubikmetern so viel Holz wie noch nie seit der Wiedervereinigung in Deutschland eingeschlagen worden sei. Die derzeitige Krise auf dem

Holzmarkt liege nicht daran, dass zu wenig Holz vorhanden sei. Besonders traurig sei, dass die derzeit hohen Preise nicht bei den Waldbesitzenden ankämen. Weder die privaten Waldbesitzer, die die Fraktion der FDP wenig überraschend in ihrem Antrag besonders hervorhebe, noch die kommunalen Waldbesitzenden hätten von den hohen Preisen einen Vorteil.

Die **Fraktion der AfD** legte dar, in den vergangenen Jahren sei in Deutschland aufgrund verschiedener Extremwetterereignisse und den nachfolgenden Borkenkäferbefällen sehr viel Kalamitätsholz bei den Nadelbaumarten angefallen. Die deutsche Forstwirtschaft befinde sich immer noch in der Krise. Um diese zu bewältigen, werde ein ganzheitlicher Lösungsansatz benötigt. Das viele Kalamitätsholz müsse endlich aus den Wäldern heraus. Das Ganze könne nur bei aktiver Waldbewirtschaftung gelingen. Deshalb müsse das Hauptaugenmerk auf die Nutzung der Wälder gelegt werden. Denn nur, wenn Holz auch genutzt werde, könne z. B. Kohlenstoff gebunden werden. Zudem fordere die Fraktion der AfD, dass forstlichen Dienstleistungsunternehmen der Holzeinschlag auch in den Vegetationsmonaten März und August ermöglicht werde. Eine wesentliche Voraussetzung zur Bewältigung der Herausforderungen der hiesigen Forstwirtschaft sei vor allem die Ausbildung und Förderung des forstlichen Berufstandes. Bisher gebe es in Deutschland für den Beruf des Forstmaschinenfahrers noch keinen anerkannten Ausbildungsberuf, obwohl dafür gut geschultes Fachpersonal benötigt werde. Aus diesem Grund fordere die Fraktion der AfD auch, dass der Ausbildungsberuf „Forstmaschinentechniker“ in Deutschland geschaffen werde, sowie es von der Branche selber gewünscht werde und im Nachbarland Österreich bereits umgesetzt worden sei. Derzeit gebe es eine starke Nachfrage nach Nadelschnittholz und Holzbauprodukten im Inland und besonders auf den wichtigen Exportmärkten China und USA, die zu enormen Preisanstiegen geführt hätten. Die Marktlage bei Holz sei jedoch sehr dynamisch. Die mittlere und langfristige Marktentwicklung sei trotz der augenblicklich gestiegenen Nachfrage nicht abzusehen. Starke Markteingriffe müssten, sofern überhaupt nötig, mit Bedacht gewählt werden. Daher werde sich die Fraktion der AfD zum Antrag der Fraktion der FDP enthalten.

Die **Fraktion der FDP** betonte, in ihrem Antrag gehe es hauptsächlich darum, dass sie die Einschlagbeschränkungen nach dem Forstschäden-Ausgleichsgesetz unbedingt aufheben lassen wolle. Das dahinter stehende Ziel sei, dass der Holzmarkt beruhigt werden müsse. Alle Fraktionen wüssten, wie schwierig es auf dem hiesigen Holzmarkt derzeit aussehe. Die Preise gingen in die Höhe und das Holz werde immer knapper. Es werde mit weiteren Preissteigerungen in Zukunft noch zu rechnen sein, wenn die Russische Föderation ab 2022 wie angekündigt ihr Exportverbot für Rundholz verhängen werde. Es sollten dringend auf Ebene der EU Gespräche geführt werden, um ein solches Exportverbot der Russischen Föderation abzuwenden. Da alle Fraktionen wüssten, wie wichtig und ernst die Lage auf dem Holzmarkt sei, bitte sie diese, ihrem Antrag gemeinsam zuzustimmen.

Die **Fraktion DIE LINKE**. wies darauf hin, der Antrag der Fraktion der FDP greife eine Diskussion auf, die geführt werden müsse. Die in ihm vorgeschlagenen Lösungen gingen allerdings am Problem vorbei. Die Frage der Holzverfügbarkeit sei über den Markt, wie von der Fraktion der FDP favorisiert, überhaupt nicht zu erreichen, weil dieser es nach dem „besten Geld“ löse, was gerade für den regional, gemeinwohlorientiert, ökologisch und klimapolitisch vernünftigen Marktteilnehmer schwierig sei. Das Problem, dass derzeit sehr viel Holz in den Export gehe, sei beim nationalen Waldgipfel der Bundesregierung diskutiert worden. BMn Julia Klöckner (BMEL) hätte dort richtigerweise darauf verwiesen, dass es sinnvoller sei, Holz im Wesentlichen regional zu verarbeiten und zu vermarkten. Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD müssten die Frage beantworten, wie sie dieses Ziel hinbekommen wollten, d. h. welche Vorstellungen sie hätten, um diese Forderung von BMn Julia Klöckner (BMEL), die die Fraktion DIE LINKE. teile, in die Tat umzusetzen. Den Holzeinschlag nochmals zu erhöhen, bedeute noch mehr Verlust an Fläche, die mit Wald bestockt sei, was problematisch sei. Andererseits könne die Fraktion DIE LINKE. den Frust bei denjenigen verstehen, die von der Politik die ganze Zeit über aufgefordert worden wären, möglichst viel mit Holz zu bauen. Diese stellten zu Recht fest, dass sie mit den derzeitigen Preisen nicht mithalten könnten und Lieferengpässe hätten. Das bedeute, dass die Strategie der Kaskadennutzung unter massiven Druck stehe, weil alles, was ihnen politisch vorgegeben worden sei, sich im Moment nicht erfüllen lasse oder nur auf Kosten von finanziellen Problemen. Es dürfe nicht nur über Kaskadennutzung und regionale Wertschöpfung geredet werden, sondern es müssten von Seiten der Politik entsprechende Rahmenbedingungen verankert werden. Wenn das nicht der Fall sei, dann werde das Holz, was hier dringend aus ökologischen, sozialen und ökonomischen Gründen gebraucht werde, eher nach Übersee gehen. Das wäre weder im Interesse des Gemeinwohls, der einheimischen Holzindustrie oder der Baubranche. Besonders bitter sei es, dass derzeit von Seiten des Staates viel Geld für den Waldbau und für die Waldbesitzenden ausgegeben werde, was vom Grundsatz richtig sei, aber an dem Boom, der auf spekulativer Basis im Hintergrund liefe, die Waldbesitzenden nicht teilnähmen. Hier fülle

der Staat eine Lücke, die durch das Verhalten von Sägeindustrie und Wertschöpfungskette aufgerissen würde, was so nicht gehen könne.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** merkte an, in Bezug auf den Antrag der Fraktion der AfD könne sie die Aussage der Fraktion der SPD bestärken, dass es bei ihm überwiegend um „Fake News“ gehe. Der im Antrag der Fraktion der AfD behauptete angebliche Vorrang von Naturschutz und Biodiversität in Wirtschaftswäldern sei ein Phantom. Zudem spreche die Fraktion der AfD von ökologischen und nachhaltigen Wirtschaftsweisen, meine damit aber das Gegenteil. Daher sollte sie diese Worte besser nicht verwenden, wenn sie sie gar nicht verstehe. Die Fraktion der AfD fokussiere sich einseitig auf maximalen Holzertrag. Damit würde sie einen hochriskanten Irrweg gehen. Zudem sei der Antrag widersprüchlich. Die Fraktion der AfD rede in ihrem Antrag davon, dass keine Wälder aus der Nutzung genommen werden sollten, um im nachfolgenden Satz davon zu sprechen, dass wertvolle Wälder aus der Nutzung genommen werden sollten. Erstaunlich sei, dass die Fraktion der AfD von der CO₂-Bindung im Holz rede, wo doch diesbezüglich sonst immer von dieser Fraktion etwas anderes zu hören sei. Der Antrag der Fraktion der FDP sei kurios, weil er davon spreche, dass der Frischholzeinschlag in den Staatsforsten deutlich zu erhöhen sei, was nicht ernstgemeint sein könne. Die Fraktion der FDP wolle den Holzeinschlag über eine normale Nutzungsform bzw. über den Zuwachs hinaus deutlich erhöhen, nur um den Markt bedienen zu können. Das wolle die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den hiesigen Wäldern nicht antun. Es sei fraglich, ob mehr Frischholz etwas nütze, wenn die Sägewerkskapazitäten, die ansonsten sehr hoch seien, aber momentan ausgelastet seien, dessen Verarbeitung nicht leisten könnten. Kurios sei, dass die Fraktion der FDP weiterhin die Steuererleichterungen, die den Waldbesitzenden nach dem Forstschäden-Ausgleichsgesetz für die Einschränkungen gewährt würden, weiter gewähren wolle. Das sei schamlos und traurig zugleich. Ferner wolle die Fraktion der FDP weiterhin weitere Unterstützung für die Schadholzberäumung. Diesbezüglich sei schon viel Geld ausgegeben worden, d. h. die Forstbetriebe arbeiteten schon heute am Limit. Dass die Fraktion der FDP jetzt die Aufhebung des Einschlagstopps fordere, aber genau diese Maßnahme von der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen, an die sie selber beteiligt sei, initiiert worden sei, sei ebenfalls kurios.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 19/29758 abzulehnen.

Berlin, den 9. Juni 2021

Alois Gerig
Berichtersteller

Isabel Mackensen
Berichterstatlerin

Stephan Protschka
Berichtersteller

Karlheinz Busen
Berichtersteller

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatlerin

Friedrich Ostendorff
Berichtersteller

